

Manfred W. H e l l m a n n

Zwei Gesellschaften - Zwei Sprachkulturen? Acht Thesen zur öffentlichen Sprache in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik

Ich beabsichtige nicht, Sie hier mit fertigen Fakten, Meinungen, Gesichtspunkten zu bedienen, sondern ich möchte versuchen, Sie mit zu verwickeln in die Widersprüchlichkeit der Fakten, der Bewertung der Fakten und der Meinungen darüber. Nehmen Sie also die folgenden Thesen bitte nicht als meine Meinung, sondern als Versuch, Meinung bei Ihnen zu provozieren - widersprüchliche selbstverständlich.

Eine Beschäftigung mit dem Thema der "sprachlichen Differenzierung zwischen den beiden deutschen Staaten" (so der unter den Fachkollegen meist gebrauchte sehr umständliche Titel) oder (wie Walther Dieckmann das 1967¹ formuliert hat) des "sprachlichen Ost-West-Problems" - also die Beschäftigung mit diesem Thema darf, so meine ich, durchaus mit einer Respektbezeugung beginnen vor dem Mann, der sich vor beinahe 40 Jahren zum ersten Mal zu diesem Thema geäußert hat, der sich als ein sensibler Philologe und ein wackerer Patriot Sorgen gemacht hat um die deutsche Sprache, um ihre "Einheit und Reinheit" (wie er und einige andere das damals formulierten) und um die Gefahr ihrer Auseinanderentwicklung. Ich spreche von Viktor Klemperer, dem Verfasser des Buches "LTI - Lingua Tertii Imperii"², das er in der Zeit der Verfolgung durch die Nazis in tiefer Illegalität geschrieben und nach dem Krieg veröffentlicht hat. Das trug ihm hohe Anerkennung ein: In der DDR war er Volkskammerabgeordneter und Nationalpreisträger, verehrte Stalin, der ihm im übrigen auch einige Argumente lieferte, um sich mit dem "sektiererischen Jargon" seiner eigenen Funktionäre auseinanderzusetzen. Victor Klemperer war es, der die Ausdrücke "Funktionärjargon" und "Kaderwelsch" in der DDR prägte. Gleichzeitig wandte er sich auch gegen die "angloamerikanische Überfremdung" durch die "amerikanischen Gewaltherrn" im anderen Teil des besetzten Deutschlands.

1 Dieckmann 1967, S. 136-165.

2 Klemperer 1968.

Ich zitiere aus drei verschiedenen Veröffentlichungen von ihm: Die von 1953 z.B. heißt: "Unsere Sprache - ein einigendes Band der Nation"³.

Ich erwähne diesen Titel ausdrücklich, weil die Formulierung "einigendes Band der Nation" bis heute aktuell ist in öffentlichen Äußerungen, auch zum Beispiel unserer Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen.

Nicht nur das begleitet eigentlich die Diskussion über die deutsche Sprache und ihrer Differenzierung oder Nichtdifferenzierung, ihrer Entwicklung zu verschiedenen Varianten oder Nichtvarianten über die ganze Zeit hin bis heute. Sondern ebenso die Sorge um den Verlust dieser Einheit.

"Und alle wissen wir, welche ungeheuere Rolle für die Einheit einer Nation die Einheit ihrer Sprache spielt. Sie ist das innigste Band, das ein Volk in der Mannigfaltigkeit seiner Gruppen, Klassen und Parteien zusammenhält [...]. Eine Sprache ist [...] das gemeinsame Eigentum aller Teile der Nation und das gemeinsame Verkehrs- und Verständigungsmittel all ihrer Teile"⁴.

"Da nun die Einheit der deutschen Nation aufs schwerste gefährdet ist, und es darauf ankommt, daß ihr geistiger Zusammenhang, ihr einander Verstehen unbedingt gewahrt bleibt, so bedeutet schon die leiseste sprachliche Dissonanz eine schwere Gefahr"⁵.

Noch stärker sichtbar wird die Befürchtung in dem Bild, das Victor Klemperer an die Wand gemalt hat, man werde vielleicht eines Tages in den Schaufenstern des Auslandes Schilder sehen, wie: "Hier spricht man Westdeutsch. - Hier spricht man Ostdeutsch".

Ich komme damit gleich zu meiner ersten These:

Die deutsche Sprache macht (bedingt durch die Teilung in zwei Kommunikationsgemeinschaften mit entgegengesetzten Ordnungen) eine Phase der Auseinanderentwicklung durch. Zwei "Sprachen" in Deutschland?⁶

Obwohl Klemperer seine Befürchtungen gleich wieder relativierte, war sein sehr eingängiges Bild Ausgangspunkt für zahlreiche auch massiv geäußerte Befürchtungen, die deutsche Sprache werde sich spalten. Diese Sprachspaltungsbefürchtung wurde in unseren Medien sehr schnell umgesetzt in einen Sprachspaltungsvorwurf gegen das nun in der Tat inhaltlich und sprachlich sehr konträr sich verhaltende und formulierende System,

3 Klemperer 1952, S. 4-5.

4 Klemperer 1955, S. 122-126.

5 Klemperer 1954, S. 10.

6 Zur Entwicklung des Forschungsgebietes und seinen Wandlungen sowie zum hier folgenden Abschnitt vgl. Hellmann 1989[a], S. 297-326.

das sich in der DDR entwickelte. Die herrschende Partei in der DDR versuche, so hieß es, die hergebrachte Bedeutung von Begriffen zu "verfälschen", zu "verhunzen", zu "verdrehen"⁷. Bei Otto B. Roegele war von "Sprachkrieg" die Rede, von einem "teuflich-grandiosen Versuch, durch Umschaffung der Worte auch das Weltbild der Menschen umzuschaffen, der Versuch, die zweite Schöpfung zu pervertieren in die satanische Schöpfung einer Gegenwelt"⁸.

Also, da wurde schon sehr massiv argumentiert und debattiert. Eine breitere sprachwissenschaftliche Diskussion des Themas begann in der BRD erst Anfang der 60er Jahre. DDR-Germanisten und -Linguisten dagegen griffen das Thema nur sehr zögernd auf. Sie wandten sich in einer durchaus engagierten, aber doch eher defensiven Haltung gegen diesen Sprachspaltungsvorwurf: Während die Sprache in der Bundesrepublik geistig und auch in der Formulierung auf dem früheren Stand - typisch für eine antagonistische Klassengesellschaft - stehenbleibe, entwickle sie sich in der DDR fortschrittlich und produktiv weiter. Dort werde das Neue, werde das nationale Kulturerbe gepflegt und progressiv weiterentwickelt⁹. Insofern war die Haltung der DDR-Linguistik zu dem damaligen Zeitpunkt teilweise zustimmend: Es werde eine Weiterentwicklung, aber nicht eine Auseinanderentwicklung geben. Wenn sich jemand aus der Entwicklung der deutschen Sprache und aus dem nationalen Kulturerbe auskoppele, dann sei es die "westdeutsche Bundesrepublik".

So etwa war die Situation in den 60er Jahren.

Nicht gerade plötzlich, aber doch mit einer nur relativ geringen Übergangszeit von eineinhalb Jahren begann die DDR sich deutlich abzugrenzen. Abgrenzungspolitik wird zwar immer der Honecker-Ära zugeordnet, sie begann aber schon zur Zeit Ulbrichts - ab etwa 1967 ist sie nachweisbar.

Im Juni 1970 hielt Ulbricht auf einer Tagung des Zentralkomitees der SED eine berühmt gewordene Rede über Kultur und Sprache:

"Sogar die einstige Gemeinsamkeit der Sprache ist in Auflösung begriffen. Zwischen der traditionellen deutschen Sprache Goethes, Schillers, Lessings, Marxs und Engels, die von Humanismus erfüllt ist, und der vom Imperialismus verseuchten und von den kapitalistischen Monopolverlagen manipulierten Sprache in manchen Kreisen der westdeutschen Bundesrepublik besteht eine große

7 So noch im Artikel "Parteijargon" im Nachschlagewerk "SBZ von A-Z", hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn.

8 Roegele 1959, S. 48-60.

9 Vgl. u.a. Hoepfner 1964, S. 143-151.

Differenz. Sogar gleiche Worte haben oftmals nicht mehr die gleiche Bedeutung. [...] Vor allem aber müssen wir feststellen: Die Sprache der Hitlergenerale, der Neonazis und Revanchepolitiker gehört nicht zu unserer deutschen Sprache, zur Sprache der friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die wir lieben, schätzen und weiterentwickeln."¹⁰

Der spezifisch linguistische Beitrag zu dieser neuen Position der DDR, die dann später nach dem VIII. Parteitag 1971 den Namen "Abgrenzungspolitik" erhielt, oder besser gesagt, der auffallendste, stammt von Gotthard Lerchner¹¹. Er greift sofort wieder auf die Metapher "einigendes Band" von Viktor Klemperer zurück, unterstellt sie jetzt aber den westdeutschen Linguisten, die davon Gebrauch gemacht haben. Er schreibt:

"Das Schlagwort vom 'einigenden Band der deutschen Sprache' kann zumindest keine nationalsprachliche Einheit mehr reklamieren, sondern sich allenfalls auf Übereinstimmung in lediglich einer, nämlich der schrift- oder literatursprachlichen Existenzform des Deutschen berufen. [...] Die Wirklichkeit des sprachlichen Gebrauchs ist hier wie dort von der Realität gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen bestimmt. [...] Wir haben es nunmehr mit vier nationalsprachlichen Varianten zu tun, dem Deutschen in der DDR, der BRD, in Österreich und in der Schweiz".

Ihre Ausgliederung zu einer "völlig eigenständigen Nationalsprache" sei jedoch, so fügt er hinzu, noch "Spekulation"¹².

Siegbert Kahn allerdings schreibt dazu schon in der "Weltbühne" von 1974:

"Es handelt sich um eine hochpolitische Sache: Die sozialistische Nation kämpft um ihre unverfälschte Nationalsprache, sie grenzt sich offensiv von der mit Amerikanismen und Anglizismen durchsetzten Sprache ab, die in der imperialistischen BRD gesprochen und geschrieben wird"¹³.

Soweit also die Meinungen zu dem Thema, die deutsche Sprache entwickle sich auseinander, sie müsse sich auseinanderentwickeln; ja - es sei

10 Ulbricht 1970, S. 4.

11 Lerchner 1976, S. 10-11.

12 ebd. S. 11.

13 Kahn 1974.

sogar zu begrüßen, es sei unvermeidlich, es sei geschichtsnotwendig, so wie die Herausbildung einer sozialistischen Nation geschichtsnotwendig sei.

Zur gleichen Zeit änderte die DDR auch ihre Verfassung in bestimmten Punkten: In der Präambel der neuen Verfassung von 1974 steht nicht mehr "Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation", sondern "[...] ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern". Damit will ich nicht sagen, daß die DDR - und das war auch damals schon zu vermuten - sozusagen die nationale Option aus ihrer Argumentation gestrichen hätte. Daß sie das nicht hat, wissen wir inzwischen seit Anfang der 80er Jahre.

Aber lassen wir die mit der Abgrenzungspolitik zusammenhängende Zuspitzung der Argumentation beiseite und fragen einmal folgendes: Was spricht eigentlich für und was gegen diese These der Auseinanderentwicklung - sei sie nun erwünscht oder nicht? Unterschiede sind nicht zu bestreiten, sind auch nie bestritten worden - weder im Osten noch im Westen. Auch nicht ihre rapide Ausbreitung in den ersten Jahren nach dem Krieg - im Zusammenhang zum einen mit der Etablierung unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen, zum andern mit der Etablierung der beiden Staaten und ihrer Institutionen natürlich - und deren Weiterentwicklung bis heute.

Ich weise als erstes hin auf die Fundamentalunterschiede im Bereich der ideologischen Terminologie. Aus diesen Unterschieden wird kein Geheimnis gemacht - abgesehen vielleicht von den Anfangsjahren, wo man der DDR vorwerfen konnte, daß sie mit dem Wort *Demokratie/demokratisch* vielleicht ein falsches Spiel trieb, weil diese Wendung "antifaschistisch-demokratische Neuordnung" sich auch an bürgerliche Gruppierungen und Parteien richtete, tatsächlich aber nicht so gemeint war. Gemeint war, wie sich dann auch zeigen sollte, die Richtung einer kommunistischen Herrschaft, nicht etwa einer wie auch immer pluralistisch-demokratischen - unter Einschluß der bürgerlichen Parteien.

Von dieser Anfangsphase abgesehen kann man sagen, ist eine Täuschungsabsicht mit der Verwendung politischer Begriffe heute in der Regel nicht verbunden. Die DDR betont, daß sie unter *Demokratie, Freiheit, sozial, Humanismus, Frieden, Koexistenz*, aber auch den Negativbegriffen, wie *Aggression* u.ä. durchaus etwas anderes versteht als ihre bürgerlichen Gegenspieler. Das wird in den Schulen klargemacht, das steht in den Lehrbüchern sowie in den Wörterbüchern drin. Und wenn noch irgendwo ein Zweifel bestünde, würde das *Neue Deutschland* diesen Zweifel sofort ausräumen - auf dem Fuße gefolgt vom Rest der DDR-Presse.

Ständig wird an der Präzisierung des ideologischen Vokabulars gearbeitet, sowohl des Grundvokabulars, das ja relativ konstant bleibt, aber in be-

stimmten Schattierungen kolportiert wird, wie auch an den propagandistischen Aktualisierungen. Eine solche Aktualisierung liegt zum Beispiel gerade vor beim Gebrauch des Wortes *Umgestaltung*. *Umgestaltung* ist ein Wort, mit dem die DDR von Anfang (1946) an schon die Prozesse benannte, mit denen sie Staat und Gesellschaft umformte - auf welche Weise auch immer. Das Wort steht an Stelle von *Bodenreform*, von *Reform* überhaupt, von *Revolution*, von *Veränderung*. In allen diesen Fällen sagte man in der DDR auch *Umgestaltung*, obwohl die anderen Bezeichnungen auch noch da waren. Mangels einer richtigen Revolution in der DDR sprach man aber oft und gern von *wissenschaftlich-technischer Revolution*, bezeichnete aber andererseits die von uns so genannte "Kollektivierung der Landwirtschaft" (also die Errichtung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und dergleichen) als *sozialistische Umgestaltung auf dem Lande*. Es gibt eine relative Kontinuität dieser Bezeichnung - bis Gorbatschow die "Perestroika" propagierte. *Perestroika* wird bis heute in der DDR offiziell so gut wie nicht verwendet, sondern in den Übersetzungen der Texte aus dem Russischen, sofern sie vollständig übersetzt werden, ist immer von *Umgestaltung* die Rede - nicht von dem inzwischen international bekannten und diskutierten Schlagwort "Perestroika"¹⁴. In diesen übersetzten Texten bekommt *Umgestaltung* eine äußerst interessante, geradezu pikante Note. Es sieht nämlich so aus, als sei Gorbatschows "Umgestaltung" nichts weiter als die Verlängerung oder eine Variante der in der DDR immer schon bekannten und geläufigen *Umgestaltung*.

Die DDR gestaltet seit 1946 ständig und kontinuierlich um. Und Kurt Haager hat genau das auch gerade betont: die DDR habe so etwas wie Perestroika nicht nötig; Umgestaltung habe es in der DDR schon immer gegeben und immer zur rechten Zeit. - Dies ist nun kein hochgradig ideologischer Begriff, aber durchaus ein ideologischer Begriff in einer ganz bestimmten propagandistischen Ausprägung, in einer bestimmten Verwendung zu einem ganz bestimmten Zweck.

Manchmal verschwinden Ideologiewörter aus Gründen propagandistischer Opportunität weitgehend aus dem Vokabular. So ist die DDR z.B. mit dem politischen Schimpfvokabular seit etwa 1973 sehr vorsichtig geworden. Im gleichen Maße, wie sich die Beziehungen normalisierten zwischen BRD und DDR, nahm sie diese permanenten Vorwürfe, wie *Imperialismus*, *Revanchismus*, *Militarismus*, *Monopolherren*, *Bonner Ultras*, *aggressiv* etc. zurück. Man kann das sehr schön in den Zeitungstexten verfolgen, wenn man sie historisch, etwa im Zeitraum 1964-1974 untersucht. Im gleichen Maße wie die institutionelle Abkürzung *BRD* im *Neuen Deutsch-*

land geläufig wurde, so gingen die eben genannten massiven polemischen Invektiven zurück¹⁵.

Hochdifferent ist auch der Wortschatz der staatlichen Institutionen, in dem sich - das darf nicht vergessen werden - in der BRD mindestens soviel geändert hat wie in der DDR, nur fällt uns das natürlich nicht mehr auf. Für jemand, der 40 Jahre nicht in Deutschland war, wäre das sicherlich sehr auffällig, was sich inzwischen in der BRD alles geändert hat und wie unterschiedlich der BRD-spezifische Wortschatz ist - nicht nur gegenüber der DDR, sondern auch gegenüber dem gemeinsamen Nullpunkt von 1945. Um das Grundwort "Bund" herum hat sich ein ganzes Feld neuer Institutionenbezeichnungen gebildet: *Bundeskanzler, -präsident, -tag, -rat, -versammlung, -gesetz, -ärztekammer, Bundesverband der deutschen Industrie*, aber auch die Neubedeutung für Bund 'Bundeswehr'. Aus dem Bereich "Wahlen" nenne ich *Listenmandat, Zweitstimme, Stimmensplitting und Mandatsrotation*, wie auch *Parteienfinanzierung*; aus den Parteienamen nur die neuen wie *AL, Die Grünen, Graue Panther, Europäische Volkspartei, Republikaner* und sehr farbige Koalitionsbezeichnungen: neben *Rot-grün* und *Schwarz-gelb* nun auch die "Ampelkoalition" und die "Haselnuß-Koalition" ("Schwarzbraun ist die Haselnuß..."). Steuergesetzgebung (*7-b-Abschreibung, Quellensteuer, Berlin-Förderungsgesetz, Zonenrandgebiet, Abschreibungsruine*), Sozialgesetzgebung (*Wohngeld, Wohnberechtigungsschein, Sozialwohnung, Babyjahr, Pflegeversicherung, "Blüm-Bauch"*) und alle anderen Staatsbereiche, nicht zuletzt auch die Bundespost (*ARD, ZDF, Kabelanschluß, Satellitenfernsehen, BTX, Videotext, Breitbandnetz*) sorgen für Nachschub an immer neuen spezifischen Wörtern. - Nicht weniger der Bereich der Wirtschaft. Ich erwähne hier das Vokabular der Wirtschaftsstruktur in der DDR: *VEB, VVB und Kombinate, LPG, VEG* und dergleichen mehr; die *PGH (Produktionsgenossenschaft des Handwerks)*, zwischendurch mal die *halbstaatlichen Betriebe* mit ihren *Komplementären*; die durchaus auch alltagsrelevanten Strukturen in den Betrieben selber, die *Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL)*, die eine ähnliche, aber doch auch wieder andere Funktion als unsere *Betriebsräte* etwa haben, die *(Betriebs-)Kampfgruppe*, die *Betriebssportgemeinschaft (BSG)* u.v.a. Ich erwähne ferner das in der DDR grundlegend umgestaltete Rechtswesen, zum Beispiel die *Gesellschaftlichen Gerichte*, die *Konfliktkommission*, die *Schiedskommission*. Bei uns haben wir in dem Bereich nur den *Schiedsmann*, die *Schiedsgerichtsbarkeit*; sie hat aber längst nicht so viel Funktion wie in der DDR die *Gesellschaftlichen Gerichte*. Ich weise nur auf die grundlegenden Änderungen,

15

Zu diesen Wörtern vgl. demnächst die entsprechenden Wortartikel in Hellmann 1990[a].

die im *Zivilrecht* (wir sagen *Bürgerliches Recht*) und im Strafrecht (im politischen Strafrecht im besonderen) stattgefunden haben.

Erziehungswesen ist ebenfalls ein Bereich massiver Änderungen, wobei man allerdings hinzufügen muß, daß hier die Bundesrepublik den Vogel abgeschossen hat: Die Bundesrepublik hat mehr und häufiger reformiert als die DDR und dann noch nicht einmal bundeseinheitlich, weil unsere Bundesländer ja nun einmal Wert darauf zu legen scheinen, niemals völlig einer Meinung zu sein. Das DDR-Schulwesen ist im Vergleich zu unserem von geradezu herrlicher Schlichtheit und Einfachheit. DDR-Eltern, die umziehen, wissen das zu schätzen. Allein der Wortschatz unserer *reformierten Oberstufe* oder *Kollegstufe* ist ein Problem, mit dem viele (auch akademisch ausgebildete) Eltern schlicht überfordert sind. Das ist in der DDR anders.

In allen diesen Sachbereichen, die gesellschaftszugewandt sind, ist überhaupt nicht zu bestreiten, daß in der Tat fundamentale sprachliche Unterschiede bestehen, die den fundamentalen Unterschieden der Gesellschaft entsprechen und auch entsprechen müssen. Das ist überhaupt nicht anders zu erwarten gewesen - das ist notwendig. Notwendig sozusagen als "Sachzwang".

Wenn es aber darum ginge, wer mehr differenten oder spezifischen Wortschatz entwickelt hat, würde der Vergleich in vielen Bereichen zugunsten der Bundesrepublik ausfallen. Man schiebt der DDR hier oftmals zu Unrecht in die Schuhe, daß sie sozusagen Schuld sei an dem hohen Maß an Unterschieden. Das trifft wohl auf manche Gebiete zu, aber eben nicht auf alle. In manchen Gebieten hat die BRD mehr Neues und Spezifischeres entwickelt als die DDR, so z.B. in den Bereichen Marketing und Produktwerbung, in Teilbereichen der Wirtschaft wie Kapital-, Spar- und Bauförderung, in Ökologie und Umweltschutz (die in der DDR lange Jahre öffentlich undiskutiert blieben), aber auch bei Themen wie Arbeitslosigkeit oder Drogenproblemen.

Horst Dieter Schlosser hat erst kürzlich erklärt, er sei sogar "fest davon überzeugt, daß nicht die DDR sich schneller von einem gemeinsamen Ausgangspunkt entfernt hatte, sondern die Bundesrepublik" (S. 40), denn sie "erfährt ungleich stärkere Innovationsschübe als die DDR, auch auf sprachlichem Gebiet" (S. 41)¹⁶.

DDR-Linguisten weisen außerdem darauf hin, es gebe in der DDR andere Kommunikationsbeziehungen. Das ist dort positiv gemeint: ein anderes, besseres Umgehen der Menschen miteinander. Das mag sein. Ich meine etwas anderes: Es gibt in der DDR in der Tat öffentliche Kommuni-

kationssituationen, die es bei uns so nicht gibt: die *Aussprache*, die *Rechenschaftslegung*, den *Erfahrungsaustausch* (auch im Plural)¹⁷. Das sind öffentlich inszenierte Veranstaltungen. Natürlich können sich in der DDR Kollegen untereinander "aussprechen" oder kann dort auch ein Chef mit einem Mitarbeiter eine "Aussprache" haben. Dieser Gebrauch von *Aussprache* ist also weiterhin möglich, aber normalerweise ist damit eine Veranstaltung gemeint, die "von oben" angesetzt wird und in dem über vorgegebene Themen in einer bestimmten Weise kommuniziert wird (z.B. als "Kritik und Selbstkritik"), und am Ende einer solchen *Aussprache* kann eine *Verpflichtung* und (wenn es ganz hervorragend läuft) eine *Initiative* stehen - das wäre optimal. - *Rechenschaftslegung* heißt nicht unbedingt, daß jemand, der gewählt werden will, Rechenschaft vor seinen Wählern ablegt; das gehört zwar auch dazu, und auch das ist relativ genormt. Gemeint ist jedoch damit, daß die *Wähler* Rechenschaft ablegen (und zwar, was sie im abgelaufenen Zeitraum geleistet haben und was sie in Zukunft hiermit versprechen zu leisten) gegenüber demjenigen, den sie wählen sollen. Somit ist *Rechenschaftslegung* durchaus ambivalent zu sehen. Auch *Erfahrungsaustausche* sind angesetzte Veranstaltungen unter dem Motto "Von den Besten lernen". Das ist so eine Bewegung. Es werden Delegationen von einem Betrieb in den nächsten - besseren - Betrieb geschickt, um dort dann einen *Erfahrungsaustausch* durchzuführen. Darüber kann man in der DDR-Literatur sehr humorvolle Beschreibungen finden (natürlich nicht im *Neuen Deutschland*), wie so ein *Erfahrungsaustausch* abläuft und manchmal endet. Solchen weitgehend genormten Kommunikationssituationen können sich zumindest delegierte DDR-Bürger nicht einfach so entziehen. Es ist ja nicht so, als spiele sich das alles in einem total abgehobenen Raum ab, der mit dem wirklichen Leben der DDR-Bürger nichts zu tun hätte. So wird das nur manchmal bei uns in der BRD dargestellt. Es ist jedoch schon so: Die Veranstaltungen, die Versammlungen und Schulungen und auch der dazugehörige öffentliche Sprachgebrauch nehmen im beruflichen Leben eines DDR-Bürgers (sofern er berufliche oder gesellschaftliche Ambitionen hat) einen beträchtlichen Anteil ein. Damit ist aber nichts darüber gesagt, mit welcher Einstellung der DDR-Bürger solche Veranstaltungen aufnimmt, wiedergibt, verarbeitet oder einfach nur über sich ergehen läßt. Das müßte man in jedem Einzelfall prüfen. Daß sich all das zeitlich und faktisch - und auch von seiner lebenspraktischen Bedeutung her - für den DDR-Bürger aber nicht in einem lebensfernen Raum abspielt, darüber sollten wir uns schon im klaren sein.

Man kann einwenden: Das, worüber ich rede, sei ja nur öffentlicher Sprachgebrauch. Welche Relevanz habe dies - habe das *Neue Deutschland* und die ganze "Verlautbarungssprache" - eigentlich für das praktische Leben oder für den DDR-Bürger? Aber dieser Einwand greift nur zum Teil. Es ist ja nicht nur das *Neue Deutschland*, sondern es ist die gesamte Decke des öffentlichen Sprachgebrauchs, deren einzelne "Fasern" durchaus bis in den schulischen, familiären, beruflichen, institutionellen Alltag hineinreichen. Wir sollten uns nicht vorstellen, man könne diese "Decke" einfach so abheben - und darunter käme dann das gute, alte, uns vertraute Umgangs(west)deutsch zum Vorschein. So einfach ist das sicher nicht.

Zu den unterschiedlichen Kommunikationsbeziehungen haben sich DDR-Linguisten allerdings selten konkret geäußert. Damit wird natürlich angespielt auf das nicht mehr vorhandene Ausbeutungsverhältnis in Betrieben etwa. Richtig ist wohl: Es wird in DDR-Betrieben oftmals kollegialer als bei uns in der BRD miteinander geredet, diskutiert und auch einfach "nein" gesagt. Es wird sehr viel geklagt über die mangelnde Disziplin in DDR-Betrieben, das ist ein negativer Aspekt. Es wird manchmal auch positiv erwähnt, mit welchem Selbstbewußtsein Werktätige in den Betrieben zu irgendwelchen Anforderungen, die auf sie zukommen, schlichtweg "nein" sagen - und es bleibt auch beim "nein"; es passiert nichts.

Eine westdeutsche Journalistin, die vorher in der DDR gelebt hat¹⁸, hat das mal umschrieben mit der Kapitelüberschrift "Privat geht vor Katastrophe". Wenn es z.B. in einer *Kaufhalle* etwas Wichtiges zum Einkaufen gibt, dann gehen Leute zum Einkaufen in die Kaufhalle - und da kann die Stanze oder eine Presse für mehrere Millionen stillstehen - vielleicht geht sogar der Plan für diesen Monat vor die Hunde: "Privat geht vor Katastrophe". Ich will damit nur sagen: Es gibt Aspekte auch aus unserer Sicht, die dafür sprechen, daß es in der Tat in DDR-Betrieben zum Teil andere Kommunikationsbedingungen, vielleicht eine andere Kommunikationskultur gibt als bei uns, was auch seinen sprachlichen Niederschlag finden mag. Konkrete Untersuchungen dazu sind selten und möglicherweise auch sehr schwierig.

Weiter heißt es, es gebe andere Schichtungen der "Existenzformen" der Sprache - also der Mundarten, der Umgangssprache, der Standardsprache und ihrer Zwischenstufen. Es wurde in der DDR zeitweise angenommen, sie sei deswegen fortschrittlicher in ihrem sprachlichen Verhalten, weil sie die Mundarten schon viel weiter zurückgedrängt habe, als das bei uns der Fall sei. Inzwischen hat die DDR ihre Mundarten wiederentdeckt; die Leute reden zumindest in Sachsen sächsisch - wie immer schon - und im

Norden sehr plattdeutsch. Es gibt sehr schöne plattdeutsche Sendungen und Theaterstücke. Bei uns in der Bundesrepublik spielt sich dasselbe ab.

Inzwischen räumen auch DDR-Linguisten ein, daß es überholt sei, zu behaupten, die DDR entwickle sich auf diesem Gebiet fortschrittlicher weiter als die BRD. Vorher stellte man sich wohl - frei nach Lenin - vor, daß die befreite Arbeiterklasse die Höhen der Kultur auf Hochdeutsch stürme (DDR-Kabarettts haben sich darüber auch schon belustigt). Heute räumt man der Arbeiterklasse ein, daß sie das auch in der Mundart tun darf.

Ein weiterer Bereich zunehmender Differenzierung ist die Einbindung beider deutscher Staaten in unterschiedliche Bündnisse. Die wirtschaftliche Einbindung im Rahmen des *RGW* (*Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* - früher sagte man bei uns oft schwer verständlich *Comecon*), hat für die DDR natürlich auch ihre sprachlichen Folgen, wie umgekehrt die Einbindung in die *Europäische Gemeinschaft* für die Bundesrepublik - dasselbe gilt für *Nato* und *Warschauer Pakt* (in der DDR immer als *Warschauer Vertrag* bezeichnet)¹⁹. Natürlich wurde das in der DDR parteilich bewertet: die Einbindung in den Bereich der Sowjetunion als positiv, fortschrittlich, zukunftsweisend und die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen als negativ, rückschrittlich, imperialistisch, kapitalistisch usw.

Sie sehen, es gibt - alles in allem - durchaus Anlaß zu Vermutungen über eine weitgehende Auseinanderentwicklung. Nicht nur bei Victor Klemperer. Auch der Schriftsteller Martin Gregor-Dellin (der aus der DDR stammt und insofern als Betroffener sprechen kann) sah schon die DDR-Gesellschaft auf dem Weg zu einem schrecklichen "rudimentären Basis- und Hühnerdeutsch" - so hat er das mal bei der Analyse einer Honecker-Rede genannt²⁰. Natürlich sieht die SED und sieht insbesondere der richtungsweisende Genosse Prof. Kurt Hager die DDR auf dem Weg zu einer eigenen humanistisch-sozialistisch kultivierten Nationalsprache bzw. nationalsprachlichen Variante. Das galt jedenfalls bis Anfang der 80er Jahre.

Soviel und noch einiges mehr spricht für die These: Es gibt eine Auseinanderentwicklung; sie ist unvermeidlich und vielleicht notwendig - und sie ist recht weitgehend.

Auf der anderen Seite hat Werner Betz schon 1962 im Titel eines Aufsatzes gefragt: "Zwei Sprachen in Deutschland?"²¹. Wieso nur zwei? Die Unterschiede seien im wesentlichen semantisch-semasiologischer Art. Es

19 Erich Honecker gebraucht allerdings seit 1985 den Ausdruck *Warschauer Pakt* gelegentlich in Interviews; es kann damit gerechnet werden, daß der Ausdruck dann auch an anderen Stellen auftaucht.

20 Gregor-Dellin 1967, S. 70-88.

21 Betz 1962, S. 873-879.

gehe um Unterschiede des Vokabulars, wie wir sie auch in Fachsprachen finden, und darüber hinaus um unterschiedliche ideologische Begriffsdefinitionen, die man auch in *a n d e r e n* Nationalsprachen findet. Damit hat er übrigens recht. Für Franzosen, Italiener, Engländer ist die Diskussion um konträre ideologische Definitionen (auch solche marxistisch-leninistischer Herkunft) vermutlich vertraut. Natürlich setzt man sich mit Kommunisten auseinander - und auch an einen Tisch - kein Problem. Hierzulande ist es allerdings ausgesprochen schwierig, unter den wenigen Marxisten-Leninisten solche zu finden, mit denen man sich über Marxismus-Leninismus und die entsprechende Terminologie konstruktiv streiten kann, zumal sie ständig desavouiert werden durch den *real existierenden Sozialismus* der DDR einerseits und den Reform-Kommunismus Gorbatschows andererseits. Das Problem der ideologischen Differenzierung ist in anderen Staaten ein sprachliches Kommunikationsproblem innerhalb derselben Kommunikationsgemeinschaft. Nur durch die ganz spezielle deutsche Konstellation ist das ein grenzüberschreitendes Problem geworden, was es aber im Prinzip nicht ist. Deswegen, glaube ich, ist dieses Argument auch nicht so gewichtig als Begründung für die These der notwendigen und schon weit fortgeschrittenen Auseinanderentwicklung.

Horst Dieter Schlosser schrieb vor einigen Jahren gegen diese "Vier-Varianten-These", die ich Ihnen vorgetragen habe, einen ziemlich verärgerten Aufsatz, "Die Verwechslung der Nationalsprache mit einer lexikalischen Teilmenge"²². Er warf Lerchner und anderen Linguisten der DDR vor, sie motzten bestimmte lexikalische Unterschiede zu einer eigenen Nationalsprache auf - ohne empirische Basis -, denn Wortschatzunterschiede seien keine ausreichende Basis.

Weitere wesentliche Argumente sind schon angesprochen. Ich komme damit also gleich zur **zweiten Hypothese**:

Die deutsche Sprache widersteht den Differenzierungstendenzen: Das "einigende Band der Sprache" hält.

Das ist natürlich jetzt ein bewußter Rückgriff auf Viktor Klemperer. Ich zitiere gleichzeitig die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen (Dorothea Wilms), die 1987 in einer Rede gesagt hat, sie könne nicht sehen, daß es eine Aufspaltung der gemeinsamen deutschen Sprache und der gemeinsamen deutschen Literatur gebe. "Ich sehe zum Beispiel keine grammatikalischen Besonderheiten", so fährt sie fort, "die nur in einem von beiden Staaten gültig sind. Durch den Äther fliegen täglich ungezählte Millionen von Wörtern hin und her und halten das Sprachband gespannt. [...] Sprachschöpfungen der einen Seite brauchen nicht lange, bis sie auf der

anderen Seite verstanden und gängig sind"²³. Das kann man so sehen, da ist was dran.

Und auch Lerchner mußte damals einräumen, es sei nicht zu bezweifeln: Zwischen den Bürgern beider deutschen Staaten bestehe eine spontan einsetzbare unmittelbare Kommunikationsfähigkeit²⁴. Die Gesprächspartner aus Ost und West hätten meist keine gravierenden Kommunikationsschwierigkeiten. "Von zwei Sprachen sprechen zu wollen", fährt auch Lerchner fort, "widerspricht also jeder empirischen Erfahrung". Trotzdem erhält er seine vier Varianten aufrecht.

In der Tat: Wir verstehen einander - es ist ja kein Zweifel - oder jedenfalls doch meist oder annähernd oder ziemlich gut. DDR-Besucher reden eben keinen "Parteijargon" - zumindest nicht, wenn sie mit uns reden; und ich nehme an: untereinander auch nicht. So wenig wie wir "Werbe-" oder "Juppiedeutsch" verwenden. Beides sind spezielle Sprachregister für spezielle Situationen oder spezielle Gruppen. Und die Sprachwissenschaftler (schon seit Moser 1962²⁵) ergänzen: Es gibt erstens keine Einbrüche im grammatischen System - von wenigen, ganz kleinen Besonderheiten abgesehen. Es gibt eine gemeinsame Rechtschreibung und sogar gemeinsame Reformvorschläge. Es gibt eine (fast) gemeinsame Standardlautung. Es gibt gleiche Regeln der Wortbildung, einen unveränderten Grundwortschatz und einen traditionellen Bildungswortschatz. Es gibt zahlreiche Fachsprachen, die so gut wie unberührt sind von Differenzierungstendenzen. Und auch unter den Neuerungen - das hat man im "Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache"²⁶ ausgezählt - gibt es mehr gemeinsam übernommene Neuerungen als spezifische. Es gibt zahlreiche Übernahmen von West nach Ost einschließlich zahlreicher Anglizismen; weniger - aber immerhin auch - Übernahmen von Ost nach West. Und schließlich was die Verbreitung dieser Spezifika betrifft: Sind es nicht im wesentlichen die öffentlichen Medien, in denen sich diese Spezifika häufen? Ist das Ost-West-Sprachproblem nicht vielleicht letzten Endes eines derjenigen, die die öffentlichen Medien kontrollieren? Vielleicht nur ein von den Medienkontrolleuren gemachtes Sprachproblem?

Zur **dritten Hypothese**: Teilbereiche der Sprache folgen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Veränderungen; betroffen ist vor allem der

23 Wilms 1987, S. IV-VI.

24 Lerchner 1976, S. 10.

25 Moser 1964, Vorwort.

26 Vgl. z.B. Sparmann 1979.

öffentliche Sprachgebrauch. Es gibt oder es entwickeln sich öffentliche Sprachgebrauchsvarianten.

Zu den besonders betroffenen Teilbereichen gehört - das ist schon gesagt worden - die Lexik bestimmter öffentlich relevanter Sachbereiche. Ich möchte es jetzt hierbei belassen; vielmehr möchte ich auf bestimmte Fragen des Sprachgebrauchs eingehen, die zumindest einem nicht geübten Leser bei der Lektüre gerade von DDR-Zeitungen so ungeheuer exotisch vorkommen; denn es sind ja nicht nur die unbekanntes Wörter, sondern es ist ja auch der Gebrauch, den man von diesen unbekanntes wie auch von den bekannten Wörtern macht.

Im weitesten Sinne gehört das Folgende also zur Frage des "Stils" im öffentlichen Sprachgebrauch, nämlich erstens: der grundsätzlich parteiliche Gestus bei der Nachrichtenauswahl und der Nachrichtenaufbereitung in den DDR-Zeitungen; die manchmal inexplizite, aber oft explizite bewußte Wertung vom alleinigen Standpunkt der Partei (ein anderer Standpunkt ist ja nicht zugelassen); die propagandistische Tönung insbesondere bei der Selbstdarstellung, die natürlich grundsätzlich positiv erfolgt - und die negative Tönung bei allem, was das *kA* (*kapitalistische Ausland*) betrifft. Der Ansporn der Werktätigen - eine zweite sehr wichtige Intention - zu mehr Engagement, zu mehr Aktivität, zu mehr Initiative: da brechen spontan *Masseninitiativen* aus, worüber dann ebenso berichtet wird wie über die Auseinandersetzung mit den Säumigen und den Rückständigen, die sich nicht voll in diese permanente Dynamik der Siege und Erfolge einpassen und zurückbleiben (aber "die Partei läßt ja niemanden zurück"). All das spiegelt sich im *Neuen Deutschland* dann sprachlich wider.

Einige auffällige sprachliche Phänomene:

a) Häufiges Pathos durch Wahl entsprechender Adjektive: *ruhmreich* (*Siege, Sowjetarmee*), *unerschütterlich* (*Reihen, Grundsätze, Solidarität*), *heldenhaft* (*Kampf, Kämpfer*), *siegreich* (*Voranschreiten*), *unauflöslich* (*Bruderbund mit...*); *unverbrüchlich* (*Freundschaft*) und dergleichen mehr. Obwohl dieses pathetische Vokabular in den letzten 7 oder 8 Jahren leicht zurückgegangen ist, liegt es trotzdem um Dimensionen über dem, was sich unsere Presse an Pathos leistet.

b) Der Stil der Direktiven, z.B. in der Formel ... *ist zu* plus Infinitiv, also *etwas ist zu nutzen* (z.B. *Reserven*). (*Reserven* sind in der DDR *ständig* und *umfassend zu nutzen* oder *zu erschließen*); oder *das verlangt* oder *das erfordert* ... als Einleitung einer Aufforderung, wie die anderen zu reagieren haben, was in welcher Weise zu geschehen hat. In diesem typischen Stil der Direktiven ist übrigens gerade das Ministerium für Volksbildung unter Margot Honecker führend.

c) Die stereotype Verbindung mit extrem hoher Wiederholungsrate: Zu Ulbrichts Zeiten hatten wir die *sozialistische Menschengemeinschaft*; bis heute gibt es als Erziehungsziel die *allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeit*. Wir haben die *ökonomische Hauptaufgabe* immer schon gehabt; unter Honecker besteht sie in der *Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik*. Wir haben Wendungen oder Slogans wie *Arbeite mit, Plane mit, Regiere mit*. Und wir haben die *breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie* - gerade jetzt eines der entscheidenden Schlagworte im *Neuen Deutschland* als Antwort auf die in der sowjetischen Presse immer wiederholte Forderung nach mehr Demokratisierung. Darauf antwortend betont das *Neue Deutschland*, in welchem enormen Ausmaß die DDR ohnehin schon eine *breite sozialistische Demokratie entfaltet* habe und dies ständig und jeden Tag *immer mehr* tue.

d) Attributketten, insbesondere bei Titeln: Erich Honecker wird nicht nur einmal, sondern auf jeder Seite immer wieder mit seinem vollen Titel erwähnt, obwohl man annehmen kann, daß die DDR-Bürger wissen, wer Erich Honecker ist. Fünfgliedrige, sechsgliedrige Attributketten sind durchaus keine Seltenheit: *Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees für Alphabetisierung der Republik Guinea* - eine völlig normale fünfgliedrige Kette²⁷. Zum 1. Mai werden regelmäßig Losungen veröffentlicht, man sieht sie auch sonst auf roten Transparenten an den Zäunen der Großbetriebe. Eine, die nicht an den Zäunen der Großbetriebe hängt, aber trotzdem sehr bekannt ist, ist *Schöner unsere Städte und Gemeinden - mach mit*, oder *Schutz unseres sozialistischen Vaterlandes - patriotische und internationalistische Pflicht*. Die Gedankenstrich-Syntax dieser Losungen erinnert mich an liturgische Formeln; man kann sich das sehr gut und wirksam gesprochen zwischen Vorsänger und Chor vorstellen. *Für einen breiten Massensport - für hohe sportliche Leistungen, International anerkannt - Handelspartner der DDR, Für Gesundheit, Erholung und Lebensfreude, für Frieden und Sozialismus - treibt Sport* usw.

e) Verwendung von Modifikatoren: Auf einen weiteren Punkt hat uns eigentlich unser Computer hingewiesen, der in seiner unergründlichen Sturheit Dinge findet, über die wir regelmäßig hinweglesen, nämlich, daß das Wort *ca.* in Ost- und West-Texten extrem unterschiedlich häufig belegt ist - und zwar im *Neuen Deutschland* nur dreimal und in unseren Vergleichstexten der *WELT* bei gleicher Auswahlquote 573mal. Das ist ein wahrhaftig

27

Vgl. Weber 1989, S. 17-26. Weber stellt bei der Untersuchung von Nachrichtensendungen "extrem lange Attributketten mit mehr als 5 Wörtern bis hin zu 24 Wörtern" fest, und zwar "in ungleich größerem Umfang als in den bundesdeutschen Texten Genitivattribute" (S. 25).

auffallender Frequenzunterschied. Zunächst hatte ich angenommen, dies hätte etwas zu tun mit der Tatsache, daß es sich um eine fremdsprachliche Abkürzung handelt, weil auch die Abkürzungen *etc.* und *incl.* in Westtexten häufiger belegt sind als in Osttexten. Das sollte sich aber als Irrtum erweisen. Denn mir war außerdem aufgefallen, daß außer *ca.* auch die anderen synonymen Wörter wie *etwa*, *rund*, *ungefähr*, *annähernd* ebenfalls häufiger in Westtexten belegt waren, obwohl eigentlich zu erwarten war, sie in den Texten des *Neuen Deutschland* häufiger zu finden, aber sie waren es nicht: sie waren alle häufiger in der *WELT* belegt. Dasselbe gilt für *wahrscheinlich*, *vermutlich*, *sicher* und zahlreiche andere Modalwörter. Schließlich habe ich über 400 Modalwörter (ich habe sie "Modifikatoren" genannt) in die Untersuchung einbezogen²⁸. Ganz eindeutig ist: Westliche Zeitungs-texte bevorzugen abschwächende Modalwörter in signifikant höherer Häufigkeit als Osttexte. Sicherlich hat das etwas zu tun mit der Einstellung der Journalisten zum journalistischen Schreiben und mit ihren Aufgaben als Journalisten, allgemeiner: mit der Funktion der Presse und der Journalisten im jeweiligen Staat.

Ich habe also die These gewagt: Die Häufigkeit von Modifikatoren ist als Indikator zu betrachten für spezifischen Zeitungsstil, in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Verfaßtheit und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen journalistischen Arbeitens in beiden deutschen Staaten. Sollte also in der DDR irgendwann einmal eine "Perestroika" ausbrechen, müßten sich im *Neuen Deutschland* die Modalwörter drastisch erhöhen. Ich bin gespannt, ob das irgendwann passieren wird.

f) Auffällig ist auch der Stil des permanenten Optimismus mit seiner häufigen Betonung von Hochrufen und Begeisterung auf (*machtvollen*) *Kundgebungen* oder (*bewegenden*) *Feierstunden*. Wir begegnen immer wieder *zukunftsfroher* oder *lebensfroher Jugend*, *initiativreichen Massenbewegungen*, *geistig-kulturellem Leben* usw. Weitere Beispiele sind das unerschöpfliche *Schöpferium der Massen/der Arbeiterklasse*, das *stürmische Vorschreiten zu immer neuen Erfolgen*, der *konsequente* und natürlich *siegreiche Kampf um die Planerfüllung* und *für den Frieden/den Sozialismus* usw. All das durchzieht die öffentliche Kommunikation der DDR, prägt sie bis in die Reden auf den Betriebsversammlungen.

Soweit also zu einigen Charakteristika des öffentlichen Sprachgebrauchs der DDR, die die Träger dieses öffentlichen Sprachgebrauchs (die Medien) für uns so schwer verständlich, so ungenießbar machen. Das *Neue Deutschland* ist zu allem möglichen geeignet, aber kaum dazu, irgend jemanden zu überzeugen, der nicht schon überzeugt ist. Im Gegenteil: Das

ND eignet sich sehr gut zur Negativpropaganda. Daneben spiegelt das *ND* natürlich auch gesellschaftliche Wirklichkeit, z.B. den Umgang der Staatsmacht mit der Bevölkerung wider - vielleicht nur indirekt, aber doch erkennbar.

Kein Zweifel also: Es gibt eine starke und deutliche Divergenz gegenüber dem öffentlichen Sprachgebrauch in unserer Republik. Redet der DDR-Bürger aber auch so? Ich behaupte, er kann so reden. Denn je nach Situation und persönlichen Ambitionen beherrscht er ja das Vokabular und die öffentlichen Kommunikationsrituale. Damit ist übrigens auch der gruppensprachliche Ansatz, der diese ganze Sprachentwicklung sozusagen der SED als Gruppe in die Schuhe schieben wollte, eigentlich überholt. Eben nicht nur die Partei ist Träger oder Anwender dieses öffentlichen Sprachgebrauchs, sondern er reicht offensichtlich bis in jede einzelne Gruppe hinein, ist abhängig nicht von einer bestimmten Trägergruppe, sondern von bestimmten Situationen, die sich immer und überall für jeden DDR-Bürger als Aufgabe stellen. Wenn man dann schon von "Jargon" sprechen will, so ist es jedenfalls nicht nur "Jargon der Partei". Vielmehr handelt es sich um ein situationsgebundenes Sprachregister. Und sicher ist auch, daß der DDR-Bürger so schreiben kann, aber er schreibt nun mal nicht so. Die DDR-Literatur ist in diesem Punkt erstaunlich resistent geblieben gegenüber den spezifischen Besonderheiten dieses Stils in der DDR. Man schreibt so als Journalist oder als Volkskorrespondent, als führende Persönlichkeit der Partei, der Staatsmacht, als staatlicher Leiter in Betrieben und Institutionen; aber man redet und schreibt nicht so als Privatmann oder als Schriftsteller. DDR-Bürger schalten dann von einem Sprachregister auf das andere um. Dabei pflegen sie durchaus ihre eigene private Sprache als eine unpolitische und halten die politische für entsprechende öffentliche Situationen bereit.

Damit komme ich zur **vierten Hypothese**: Die Divergenz besteht einerseits zwischen den öffentlichen Sprachregistern in Ost und West, aber vor allem zwischen öffentlicher und privater Sprache in der DDR: Zwei "Sprachen" in der DDR?

Sprachdifferenzierung also als ein DDR-internes Problem - so kann man das ja sehen. Das ist übrigens eine interessante Umkehrung der marxistischen These von den zwei Sprachen in einer Gesellschaft. Marx selbst meinte damit natürlich die kapitalistische, in der sich Ausbeuterklasse und Arbeiterklasse unversöhnlich gegenüberstehen und in der die Arbeiterklasse ihre eigenen Definitionen, ihren eigenen Sprachgebrauch entwickelt, und zwar konträr zum Sprachgebrauch der herrschenden Klasse. Hier hätten wir es also mit einer Umkehrung dieser These zu tun: Nicht in der kapitalistischen BRD - nein, in der sozialistischen DDR gibt es verschiedene

"Sprachen" zwischen Bevölkerung und Staatsmacht. Das wäre ein sehr schönes Argument gegen die von der SED behaupteten *Einheit von Staatsmacht und Bevölkerung*.

Zustimmend äußern sich durchaus gewichtige Zeugen, die man ernst nehmen muß - zum Beispiel Eva Windmüller, jahrelang Stern-Korrespondentin in der DDR. Sie hat im Rahmen ihrer lesenswerten DDR-Reportage "Leben in der DDR" auch ein Kapitel "Die Kunst der doppelten Zunge"²⁹ geschrieben. Sie schreibt:

"In unserem DDR-Alltag lernen wir bald zwei Sprachen voneinander zu unterscheiden, die private und die offizielle. Routinierte SED-Karrieristen, so erfahren wir, beherrschen sogar drei Sprachen, eine familiäre für zu Hause, eine aufrüttelnde fürs Volk und eine eher zynische für den internen Gebrauch unter ihresgleichen. Wenn so ein Genosse plötzlich ohne Angabe von Gründen von seinem Schreibtisch verschwindet, dann ahnt seine Umgebung, daß er wieder einmal im Suff bei ungeschickter Gelegenheit die Sprachen durcheinander gebracht hat. [...] Wenn die DDR-Leute die offizielle Sprache abgeschaltet haben und ganz privat sind, nehmen sie es mit dem Wort viel genauer, reden ehrlicher als ihre Brüder und Schwestern im Westen, das ist vielleicht ihre Art von Kompensation".

Ein anderer prominenter Zeuge: Manfred Ackermann, jahrelang Mitglied der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, sagte in einer Podiumsdiskussion (die 1987 in einem Sammelband gedruckt worden ist)³⁰:

"Die Menschen dort drüben empfinden die Teilung in ganz strengem Maße als politisch verfügt, das heißt, sie haben sie innerlich nicht akzeptiert, und sie wehren sich auch sprachlich dagegen. Da fast alle sprachlichen Vorgaben politischen Ursprungs sind, ist auch die Abwehrhaltung gegen solche Vorgaben ziemlich stark ausgeprägt. Das übernimmt man oberflächlich, da engagiert man sich psychisch überhaupt nicht, das wird dann einfach abgehaspelt, aber wenn das nicht mehr verlangt wird, redet man eben anders".

Dazu noch einmal Eva Windmüller³¹:

"Nicht ohne intellektuelle Schadenfreude verfolgen wir, wie der Normalverbraucher in der DDR den totalen Anspruch des Staates durch eine fast schon Schwejk'sche Anpassung unterläuft. Wenn es

29 Windmüller/Höpker 1981, S. 168-179 (= Kap. 12: Die Kunst der doppelten Zunge).

30 Podiumsdiskussion. In: Debus/Hellmann/Schlosser 1986, S. 302-303.

31 Windmüller/Höpker 1981, S. 173f.

gewünscht wird, betet er seine ideologische Litanei herunter wie der Wallfahrer das Ave Maria".

Also ziemlich ähnliche Beschreibungen dieser "Zweisprachigkeit", dieser Fähigkeit, zwischen zwei verschiedenen Registern umzuschalten. Das paßt auch zu dem, was Günther Gaus "Nischengesellschaft" genannt hat, nämlich die Fähigkeit, die Entschlossenheit des DDR-Bürgers, sich bei Bedarf aus dem Druck der Öffentlichkeit in die private Nische zurückzuziehen, um dort seine privaten Gepflogenheiten - und hinzufügend: seinen eigenen Sprachgebrauch - zu pflegen.

Hier muß ich fragen: Soll das heißen, daß diese eher private, relativ politikfreie, jargonresistente ("Jargon" i.S.v. "Verlautbarungsfrage") (Umgang) Sprache in der DDR, die die DDR-Bürger untereinander sprechen, auch mit der der Bundesrepublik übereinstimmt? Wir haben nun festgestellt, sie stimmt nicht mit der offiziellen überein. Heißt das nun, daß da keine Kommunikationsprobleme, keine Unterschiede mehr vorhanden sind zwischen den Umgangssprachen in Ost und West? Und wenn doch: Wer sorgt dann für die Verständigung?

Ich formuliere die **fünfte Hypothese**: Weder das öffentliche noch das nichtöffentliche Sprachregister ist frei von spezifischen Differenzen, sie reichen bis in den Alltag. Verständigung ist ohne Transferleistung nicht mehr voll gewährleistet. DDR-Bürger als Garanten des Transfers?

Begleitet man einen DDR-Bürger in seinem Alltag (und das sollte man gelegentlich tun), stößt man auf eine Fülle unbekannter Wörter oder auf Wörter in unvertrauter Verwendung:

Es ist bekannt, daß es *Plast* heißt - wir sagen *Plastik*; daß man außer *Brathähnchen* in der DDR auch *Broiler* sagen kann - und das steht auch wirklich auf den Speisekarten; daß sie *Zielstellung* sagen - wir sagen *Zielsetzung* (eine Unterscheidung im Sprachgebrauch, die so unauffällig ist, daß übergesiedelte DDR-Bürger manchmal noch nach einem Jahr bundesrepublikanischer Anpassung *Zielstellung* sagen). Weit über solche Beziehungsdifferenzen hinaus geht es vor allem um andere Lebenszusammenhänge und um andere lebenspraktische Erfahrungen, die den Alltag und die Freizeit ausmachen und prägen - oft nur Kleinigkeiten, die sich aber summieren in ein zunehmendes Gewicht.

Einige Beispiele: Der Junge geht zum *Pioniernachmittag*, die Tochter ist von ihrem Betrieb zum Studium *delegiert* und ist im *Studentensommer*. Man hat in der Schule *Stabü* oder *PA* (= *Produktive Arbeit*). In der Küche hängt ein *Gamat 2000* (= Gasheizgerät). Vom *FDGB* bekommt man vielleicht einen *Ferienscheck*, oder man verbringt seinen Urlaub im Grünen in der eigenen *Datsche*, (eines der ganz wenigen richtigen russischen Fremdwörter,

die heimisch geworden sind im DDR-Sprachgebrauch). Wer sich etwas Besonderes leisten will, holt sich das im *Deli* oder im *Exqui* (= Delikat- bzw. Exquisitgeschäft). Wer *blaue Kacheln* (= Westgeld) oder *Forum-Schecks* hat, geht in den *Shop* (= Intershop). Man kauft, was *im Angebot ist* (bei uns heißt *im Angebot sein* 'im Sonderangebot sein'/ 'besonders billig'; in der DDR dagegen heißt *im Angebot sein*, 'es ist da' und 'man kann es jetzt kaufen'), oft wird gleichzeitig gefragt *Wieviel geben sie ab?* Geht man z.B. in ein Fahrradgeschäft, fragen DDR-Bürger: *Haben sie Fahrradschläuche?* und *Wieviel geben sie ab?* Das sind so zwei Standardfragen, die in der Bundesrepublik wohl kaum gestellt werden. In den Betrieben sind Bezeichnungen wie *Brigadier* oder *Brigade*, *Jahresendprämie*, *Solibeitrag* völlig geläufig, jeder weiß, was das ist. Auf den Packungen in der *HO-Kaufhalle* steht *EVP* (= Einzelhandels-Verkaufspreis). In den Büchern steht eine *Lizenznummer* (wie bei uns in den Nachkriegsjahren). Und natürlich gilt eine Neubauwohnung oder eine *Reko-Wohnung* als entschieden besser als eine Altbauwohnung. Die Miete zahlt man an die *KWV* (= *VEB Kommunale Wohnungsverwaltung*), wobei *Nebenkosten* überhaupt keine Rolle spielen.

Möchte man sich aber dann von diesen Erfahrungen des Alltags erzählen lassen, stellt man erstaunt fest, daß ein großer Teil dieser Wörter in den Erzählungen von DDR-Bürgern nicht mehr auftaucht. Der DDR-Bürger transferiert uns gegenüber seinen Sprachgebrauch in den unseren, z.B. indem er DDR-spezifische Wörter ganz vermeidet und statt dessen gemeindeutsche oder bundesdeutsche Entsprechungen verwendet, oder er versieht DDR-spezifische Wörter mit erläuternden Hinweisen wie: *das heißt bei uns so, bei euch ist das ja anders, wir sagen das so*. Eine DDR-Bürgerin erzählte mir, sie sei in Greifswald "aufs Gymnasium" gegangen; erst auf Rückfrage korrigierte sie sich: *natürlich auf die EOS* (= die *Erweiterte Oberschule*).

"Mein Eindruck ist", so sagt Manfred Ackermann dazu,

"wenn wir Deutsche in Ost und West, in Bundesrepublik und DDR uns trotzdem fast nahtlos verstehen können, - diese Leistung wird von den Bürgern der DDR erbracht, nicht von uns. Denn die DDR-Bürger, die in ihrem Staat schon in einer gewissen Doppelheit leben zwischen öffentlicher und privater Sprache, die leben auch in der Doppelheit von Westsprache und Ostsprache, von Westbegriffen und von Ostbegriffen, und die können das übersetzen, was wir manchmal gar nicht können"³².

Die **sechste These**: Die Transferleistung funktioniert in bezug auf die Vermittlung unterschiedlicher Handlungsmuster, Erfahrungs- und Wis-

sensstrukturen nur noch eingeschränkt. Wie unterschiedlich löst man Alltagsprobleme?

Und die **siebente These**: Die Kommunikationsgemeinschaft der BRD ist auf dem Weg zu einem staatsnationalen, separaten Selbstverständnis unter Ausklammerung der DDR. Dies gefährdet den Transfer zusätzlich.

Bis jetzt haben wir uns hauptsächlich mit Unterschieden im Stil, im Wortschatz beschäftigt. Ein Satz wie "Ich suche eine Wohnung" scheint keinerlei derartige Schwierigkeiten zu enthalten³³. Nimmt man ihn aber nicht als Satz, sondern als Einstieg in ein Problem, eine Problemlösung, werden auf beiden Seiten nicht bloß eine Fülle von unterschiedlichen Wörtern und Wendungen sichtbar, sondern auch ganz unterschiedliche Handlungsmuster und kollektive Erfahrungen - sagen wir: ganz unterschiedliche Lebenswelten. Für andere verbreitete Problemzusammenhänge wie "Ich muß ins Krankenhaus" oder "Ich habe Schwierigkeiten im Betrieb" oder "Wehrdienstverweigerung" gilt dasselbe. Und keineswegs immer gelingt die Lösung des Problems bei uns leichter als in der DDR (z.B. "Stellensuche"). DDR-Bürger transferieren durchaus die unterschiedlichen Wörter - aber transferieren sie auch die unterschiedlichen Lebenserfahrungen? Verstehen wir sie wirklich, wenn sie z.B. als Gründe für ihre Übersiedlung in den Westen die "unaufhörliche Gängelei", die "Monotonie", die "Übermacht des Staates", den "aussichtslosen Kampf gegen die Bürokratie", die "Schlagworte" und "Propagandalügen" nennen? Verstünden wir sie wirklich, nämlich was an Alltagserfahrung dahintersteht, könnte es wohl kaum geschehen, daß sogenannte kritische Leute bei uns dann kopfnickend entgegnen: "Das ist bei uns genau so", "das macht Springer auch", "unsere 'Bullen'/Konzerne/Politiker/Parteien sind auch nicht besser...". Ebenso wenig dürfte es passieren, daß manche Leute glauben, DDR-Bürger seien gleich schon Anhänger der "freien Marktwirtschaft" und potentielle Wähler der CDU/CSU, wenn sie ihren Staat kritisieren. Prominente Kirchenvertreter der DDR haben erst kürzlich vor solchen Mißverständnissen gewarnt. Beide Mißverständnisse sind Folge von Reden aus unterschiedlichen Erfahrungswelten.

Das Problem, das ich sehe, ist folgendes: Wie lange noch kann man sich darauf verlassen, daß diese jetzt funktionierende Transferleistung der DDR-Bürger noch weiter funktioniert? Unter der doppelten Belastung von Sprachunterschieden und Lebensweltunterschieden? Daß wir West-Besucher - wenn man so will - meist keine kommunikativen Probleme haben, ist insofern ein Trugschluß, weil die DDR-Bürger uns diese im Grunde genommen ja abnehmen und anderes ohnehin unübertragbar ist. Die Frage

ist: Wie lange bleibt das so, welche kommunikativen Bedingungen sind dafür ausschlaggebend, daß Transferfähigkeit und Transferbereitschaft, daß Verstehen und Verständigung bestehen bleiben?

Ich füge hier eine Beobachtung ein, die Anlaß zur Sorge bieten sollte: Es gibt in der Bundesrepublik "Bezeichnungsrichtlinien" von 1974³⁴, die den Gebrauch der Abkürzung *BRD* (vorrangig für Beamte, z.B. Lehrer) untersagen wollen. Inzwischen habe ich gehört, daß darüber eine Gerichtsentscheidung vorliege und das Abkürzungsproblem somit abgeschwächt sei bzw. nicht mehr existiere³⁵. Bisher war es aber so, daß Sanktionen zu befürchten waren, wenn die Abkürzung *BRD* verwendet wurde. Begründung: Die Abkürzung sei von der DDR zum Zwecke der Diffamierung erfunden worden. Das ist keineswegs zutreffend. Sie ist natürlich im Westen erfunden worden, sie ist fast so alt wie das Grundgesetz selbst und jahrzehntelang im Umkreis der Adenauer-Regierung und auch des Gesamtdeutschen Ministeriums regelmäßig bis 1969 verwendet worden. Erst im Zuge der gesamtdeutschen Verhandlungen hat die DDR die Abkürzung *BRD* übernommen - und zwar genau am 19.12.1969; bis dahin war sie in der DDR nicht zugelassen. Etwa zum gleichen Zeitpunkt verwendete unsere Regierung auch die Abkürzung *DDR* (ohne "sogenannt" o.ä.).

Es gibt mit Sicherheit noch weitere Argumente, die die staatlichen Begründungen zweifelhaft erscheinen lassen. Das ist aber nicht das Hauptproblem, sondern das Hauptproblem ist der zweite Teil der Bezeichnungsrichtlinien, wo es heißt: Wenn man schon nicht *Bundesrepublik Deutschland* sagen will oder kann, dann solle man nicht kurz *Bundesrepublik* oder *bundesdeutsch* oder *westdeutsch* sagen, sondern schlicht *Deutschland* und *deutsch*, so daß mit diesen Begriffen unmißverständlich klar würde, daß sie sich auf unseren Staat beziehen³⁶. Und so hat die Kommunikationsgemeinschaft *BRD* dann auch gehandelt. Gut feststellen läßt sich, daß der begriffliche Inhalt von *deutsch* und *Deutschland* in mehr als 90 % aller Fälle in

34 Zu den Staatsbezeichnungen und ihrer amtlichen Reglementierung vgl. Berschin 1979. Zur neuesten Entwicklung Walther 1988, S. 164-166.

35 Vom Verwaltungsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg in Mannheim vom 20. September 1988. Eine juristische Staatsarbeit mußte neu begutachtet und bewertet werden, da einer der Gutachter in "sachfremder" Weise die in der Arbeit verwendete Abkürzung "BRD" negativ bewertet hatte. Nach Auffassung des Gerichts darf der Gebrauch dieser Abkürzung auf die Bewertung der Arbeit keinen Einfluß haben. Das Urteil ist rechtskräftig.

36 "Die Begriffe 'Deutschland' und 'deutsch' können stets dann verwendet werden, wenn aus dem Sachzusammenhang hervorgeht, daß sie auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen sind". (Aus der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung "Verwendung der Bezeichnung 'Bundesrepublik Deutschland'" vom 3. September 1974).

einer Zeitung wie der *WELT* nur noch 'westdeutsch' oder 'bundesdeutsch' meint³⁷. *Deutsch* ist geschrumpft auf den Inhalt 'bundesdeutsch', *Deutschland* (in mehr als 90 % aller Belege) auf 'Bundesrepublik'. Und die *WELT* ist kein Sonderfall. Das heißt: Der vorher bestehende Inhalt 'ganz Deutschland', 'beide deutsche Staaten umfassend', 'sich auf beide deutsche Staaten beziehend', den gibt es nur noch historisch (*deutsche Geschichte, Kunst, Klassik, Ostgebiete* o.ä.) oder in ganz bestimmten festen Wendungen wie z.B. *deutsche Frage, deutsche Wiedervereinigung, Wiedervereinigung Deutschlands*, oder *die beiden deutschen Staaten* oder *die beiden Staaten in Deutschland* (eine Wendung, die Willy Brandt 1969 zum erstenmal gebraucht hat, die inzwischen aber wieder aufgegriffen worden ist). In solchen Wendungen kommt das noch vor, z.B. in den Veröffentlichungen des Innerdeutschen Ministeriums.

Wie gesagt: Im allgemeinen Sprachgebrauch der Bundesrepublik ist *deutsch* gleich *westdeutsch*. Wenn DDR-Sportler irgendwelche Wettkämpfe gewinnen (unsere ja meistens nicht) und die westdeutschen Skiläufer dann vielleicht auf Platz 13 bis 20 landen, dann sagt unser Fernsehen "Ein schwarzer Tag für den deutschen Sport". Und wenn zwei deutsche Fußball-"National"-Mannschaften aufeinandertreffen, feuern die Zuschauer mit "Deutschland-Deutschland"-Rufen an - ja: wen? Wir sprechen von *deutschem Export*, von *deutschen Autos*, von der *deutschen Botschaft in Kairo* (welcher?), von der *deutschen Regierung*. Auch die SPD hatte in ihrer Wahlpropaganda das *Modell Deutschland* (ich glaube nicht, daß andere Staaten das Modell eines geteilten Deutschland als Modell akzeptieren), und unser Bundeskanzler kandidiert als *Kanzler für Deutschland* (meines Wissens kandidiert er nicht in der DDR). Bei uns ist das aber so selbstverständlich, daß *Deutschland* im Sinne von 'Bundesrepublik' verwendet wird, daß man das sagen und in tausenden von Beispielen tagtäglich hören und lesen kann, ohne daß das irgendjemanden zu stören scheint.

Ich weiß nicht, ob die "Bezeichnungsrichtlinien" diese Intention hatten. Wenn sie sie hatten, ist sie tatsächlich voll erfüllt worden. Das bedeutet aber auch, daß wir jetzt für den ehemals gemeinsamen Begriffsinhalt 'beide deutschen Staaten umfassend' neue Wörter finden müssen. Auch das ist geschehen. Wenn wir 'deutsch' im alten Sinne meinen, sagen wir *gesamtdeutsch, innerdeutsch*, und vor allem *deutsch-deutsch*; nur: *deutsch* sagen wir nicht mehr. Ich muß sagen, einige der Moderatoren und Sportreporter der letzten Olympiade haben allerdings sorgfältig aufgepaßt. Sie haben oft *bundesdeutsch* gesagt, wenn sie 'bundesdeutsch' meinten. Sie haben nicht einfach *deutsch* (*der deutsche Sportler unterlag dem DDR-Sportler* oder so

etwas) gesagt, aber wir sind alle in der Gefahr das zu sagen. Ich habe es in der DDR selbst erlebt: Ich habe Leute sagen hören: *Ich habe noch deutsches Geld* (gemeint ist natürlich Westgeld) oder *hier [= in der DDR] gibt's ja keine deutschen Zeitungen*. Und ich selbst habe einmal gesagt: *Ich fahre morgen wieder nach Deutschland* (ich habe mich sehr geschämt). Mit kaum etwas kann man DDR-Bürger mehr kränken.

Ich stelle mir selbst und auch Ihnen die Frage nach den Konsequenzen. Beantworten kann ich die Frage nicht. Denn, wenn es so ist, daß der begriffliche Inhalt von *deutsch* sich jetzt in der massiven Mehrzahl aller Fälle nur noch auf *westdeutsch/bundesdeutsch* bezieht und *Deutschland* auf *Bundesrepublik*, dann haben wir (das muß daraus geschlossen werden) die DDR aus unserem kollektiven "Wir"-Gefühl (nämlich deutsch zu sein) schlichtweg ausgeklammert. Und damit hat sich im Grunde Honeckers Behauptung, die deutsche Frage existiere nicht mehr, letztlich erfüllt. Sie ist zwar nicht "im Feuer des Zweiten Weltkriegs untergegangen", wie er immer sagt, sondern sie ist in unseren Köpfen und in unserer Sprache untergegangen. Und dazu jetzt noch einmal die Frage: Wie lange funktioniert dieser wunderschöne Transfer zwischen Ost und West noch unter der Voraussetzung, daß vielleicht auch die DDR-Bürger plötzlich erkennen, daß wir sie in Gedanken (ich formuliere das natürlich überspitzt) längst als Nichtdeutsche oder Nicht-mehr-ganz-Deutsche ausgegrenzt haben. Sprachlich sind wir jedenfalls längst auf dem Weg zu einer bundesdeutschen Staatsnation - staatlich sanktioniert durch jene "Bezeichnungsrichtlinien". Auch diejenigen, die auf das penibelste darüber wachen, daß nur ja niemand *BRD* sagt, sollten sich überlegen, ob das so gewollt war. Und wenn nein, was man ändern muß.

Ich schließe mit meiner achten (und letzten) **Hypothese**, die ich unkommentiert lassen muß:

An die Stelle des "unizentrischen" Modells sprachlicher Einheit, bei Dominanz der BRD, muß ein "plurizentrisches" Modell sprachlicher Vielfalt³⁸ treten; dies muß einhergehen mit einer erheblichen Steigerung der Kommunikationsfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft, insbesondere bei Bürgern der Bundesrepublik. Entwicklung zu einer (mehrstaatlichen) deutschen "Kommunikations-Nation"?

Literatur:

- Berschin, Helmut: Deutschland - ein Name im Wandel. Die deutsche Frage im Spiegel der Sprache (= Analysen und Perspektiven, Sonderreihe 1). München, Wien 1979.
- Betz, Werner: Zwei Sprachen in Deutschland? In: Merkur 16, Heft 9/1962, S. 873-879.
- Böhme, Irene: Die da drüben. Sieben Kapitel DDR. Berlin 1983. Kapitel 2.
- Debus/Hellmann/Schlosser (Hrsg.): Sprachliche Normen und Normierungsfolgen ... (= Germanistische Linguistik 82-83). Hildesheim, Zürich, New York 1986, S. 169-200.
- Dieckmann, Walter: Kritische Bemerkungen zum sprachlichen Ost-West-Problem. In: Zeitschrift für deutsche Sprache 23, Heft 3/1967, S. 136-165.
- Gregor-Dellin, Martin: Honecker als Modell. In: Baroth, Hans D. (Hrsg.): Schriftsteller testen Politikertexte. München 1967, S. 70-88.
- Hellmann, Manfred W.: Einige Beobachtungen zu Häufigkeit, Stil und journalistischen Einstellungen in west- und ostdeutschen Zeitungstexten. In: Debus/Hellmann/Schlosser 1986, S. 169-200.
- : Die doppelte Wende. Zur Verbindung von Sprache, Sprachwissenschaft und zeitgebundener politischer Bewertung am Beispiel deutsch-deutscher Sprachdifferenzierung. In: Klein, J. (Hrsg.): Politische Semantik. Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen 1989[a], S. 297-326.
- : 'Binnendeutsch' und 'Hauptvariante Bundesrepublik'. Zu Peter von Polenz' Kritik an Hugo Moser. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 17, Heft 1/1989[b], S. 84-93.
- : Wörter und Wortgebrauch in Ost und West. Ein rechnergestütztes Korpus-Wörterbuch zu Zeitungstexten aus den beiden deutschen Staaten. 2 Bde plus Anhang (erscheint 1990[a]).
- : "Ich suche eine Wohnung". Zur vergleichenden Untersuchung alltagssprachlichen Handelns in beiden deutschen Staaten. In: Schlosser, H. D. (Hrsg.): Die Spezifik des öffentlichen Lebens und der Alltagskommunikation in der DDR (Sammelband, erscheint 1990[b]).
- Hoepfner, Joachim: Widerspruch aus Weimar. In: Handt, F. (Hrsg.): Deutsch - gefrorene Sprache in einem gefrorenen Land? Berlin 1964, S. 143-151.
- Kahn, Siegbert: Nation und Sprache. In: Weltbühne 53, 31. Dezember 1974.
- Klemperer, Victor: "LTI" - Die unbewältigte Sprache. Aus dem Notizbuch eines Philologen. Leipzig 3. Aufl. 1968 (1. Aufl. 1947).
- : Unsere Sprache - ein einigendes Band der Nation. In: Die neue Schule 8, 1952, S. 4-5.
- : Zur gegenwärtigen Sprachsituation in Deutschland (= Vorträge zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse 17). Berlin (Ost) 1954 (1. Aufl. 1952), S. 10.
- : Verantwortung für die Sprache. In: Neue Deutsche Literatur 3, Heft 3/1955, S. 122-126.
- Lerchner, Gotthard: Nationalsprachliche Varianten. In: Forum 3, 1976, S. 10-11.
- Moser, Hugo (Hrsg.): Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost. Düsseldorf 1964, Vorwort.
- Oschlies, Wolf: "Wir brauchen Glasnost wie die Atemluft ...". Bemerkungen zur Sprache Michail Gorbatschews. In: Muttersprache 98, Heft 3/1988, S. 193-204.

- Podiumsdiskussion. In: Debus/Hellmann/Schlosser 1986, S. 302-303.
- Polenz, Peter von: 'Binnendeutsch' oder plurizentrische Sprachkultur? Ein Plädoyer für Normalisierung in der Frage der 'nationalen' Varietäten. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 16, 1988, S. 198-218.
- Roegele, Otto B.: Die Spaltung der Sprache. Das kommunistische Deutsch als Führungsmittel. In: Die politische Meinung 36, Heft 4/1959, S. 48-60.
- Schlosser, Horst Dieter: Die Verwechslung der deutschen Nationalsprache mit einer lexikalischen Teilmenge. In: Muttersprache 91, Heft 3-4/1981, S. 145-156.
- : Die Sprachentwicklung in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland. In: Hättich/Pfitzner (Hrsg.): Nationalsprachen und europäische Gemeinschaft. Probleme am Beispiel der deutschen, französischen und englischen Sprache. München 1989, S. 36-52.
- Sparmann, Hans: Neues im Wortschatz unserer Gegenwartssprache. In: Sprachpflege, Heft 5/1979 (die 26. und letzte Folge seiner Untersuchungen zum "Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache", 6 Bde, Berlin (Ost), 1. Aufl. 1964-1977).
- Ulbricht, Walter: Rede auf der 13. Tagung des ZK der SED. In: Neues Deutschland Nr. 169, 16. Juni 1970, S. 4.
- Walther, Helmut: BRD und "BRD" - gemeinsam 1949. In: Der Sprachdienst 32, Heft 6/1988, S. 164-166.
- Weber, Andreas: Zweierlei Deutsch im Rundfunk? Eine vergleichende morpho-syntaktische Untersuchung zum deutsch-deutschen Sprachgebrauch. In: Muttersprache 99, Heft 1/1989, S. 17-26.
- Wilms, Dorothea: Rede zur Verleihung des Thomas-Dehler-Preises am 23.10.1987. In: Informationen (hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen) Nr. 20, 1987, S. IV-VI.
- Windmüller, Eva/Höpker, Thomas: Leben in der DDR (= Goldmann-Tb. Nr. 11502). Hamburg 2. Aufl. 1981, S. 168-179.

Diskussion

Die anschließende Diskussion macht deutlich, daß jede staatliche Sprachregelung nur wirkt, wenn ein entsprechender Trend von Hause aus vorhanden ist. Diesen kann sie dann abschwächen oder verstärken.

Zu beachten beim Sprachvergleich Bundesrepublik - DDR ist auch insbesondere, daß hinter gleichen Formulierungen oft ganz andere Sachverhalte stehen. Dazu M.W. Hellmann: "In der Handlungsstruktur 'Wohnungssuche' ist bei uns *Antrag stellen* eine ziemlich nebensächliche Formel. [...] In der DDR besteht die Wohnungssuche im wesentlichen aus Warten, Vorgesprechen, Antragstellen [...]: Eine völlig andere Geltung eines völlig gemeindeutschen Wortes. Wenn man das jetzt mit einbezieht, nicht mehr auf die Wortoberfläche schaut, sondern auf das, wie Menschen handeln müs-

sen und mit welchen Wörtern sie das tun, glaube ich, sieht die Sache anders aus und das ist kaum noch transferierbar. Das ist der Punkt, wo DDR-Bürger - selbst die, die gut informiert sind - Schwierigkeiten haben, wenn sie in die Bundesrepublik kommen, zum Beispiel die Übersiedler." In dieselbe Richtung zielt ein später angesprochener Punkt: Was in der DDR zunächst als *Bodenreform* bezeichnet wurde, hieß schon bald *sozialistische Umgestaltung*. M.W. Hellmann veranschaulicht dies so: "Der tatsächliche Vorgang der Verstaatlichung der sogenannten Großgrundbesitzer und 'die Aufteilung an die werktätigen Einzelbauern' - so hieß das damals -, das nannte man *Bodenreform*. [...] Es war ja nicht der einzige Vorgang, es gab auch hinterher die Kollektivierung und es kam dann die Einrichtung der MTS und der MAS und RTS usw. Dieser ganze Vorgang der *zunehmenden Sozialisierung* - das ist ein Wort, das ist bei uns anders besetzt -, dieser ganze Prozeß, den nannte man in der DDR *sozialistische Umgestaltung auf dem Lande* oder *...des Dorfes* oder *...der Landwirtschaft* und das schloß die Bodenreform mit ein."

Angesprochen wird außerdem, daß sowohl in Ost- wie Westdeutschland die Politiker durch ihre oft elaborierte Sprache den direkten Kontakt zum Normalbürger nicht finden, namentlich zur heranwachsenden Jugend. Aus der Perspektive Großbritanniens gibt C. Good zu bedenken: "Und dem Mißstand ist beizukommen durch bildungspolitische Maßnahmen und bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die Bevölkerung und nicht dadurch, daß ich immens komplexe Sachverhalte verniedliche und einfach verzerrend darstelle durch die einfache Sprache." Was Flandern betrifft, ergänzt M. Van de Velde: "Ich glaube, es ist nur zum Teil ein sprachliches Problem. Ich denke, daß, wenn hier der Vertrauensschwund, der bei vielen jungen Leuten gegenüber Politikern zu bemerken ist, behoben werden kann, [...] daß dann sprachliche Probleme zum Teil auch schon gelöst wären."

Als für die DDR typisch wird festgehalten, daß man dort jegliche scharfe öffentliche Diskussion - also außerhalb enger Fachorgane - streng zu unterbinden sucht. Auffallend ist zudem die oft aufwendige Titulatur und nicht zuletzt die starke Verbreitung des Sächsischen, das ein ungewöhnlich großes Dialektgebiet umfaßt.